

Unser Regierungsratskandidat Markus Dieth im Porträt

«ZÄME FÜR EUSE AARGAU»

Mit Markus Dieth hat die CVP Aargau an ihrer sehr gut besuchten Delegiertenversammlung einen äusserst kompetenten und erfahrenen Vollblutpolitiker zum Regierungsratskandidaten nominiert. Er tritt für die Nachfolge von Roland Brogli im Regierungsrat an, der nach vier Amtsperioden nicht mehr zur Verfügung steht. Die CVP Aargau ist überzeugt, den Wählerinnen und Wählern einen hervorragenden Kandidaten zur Wahl vorzuschlagen.

Was ist Ihre Motivation für Ihre Kandidatur als Regierungsrat?

Ich möchte mithelfen, den Kanton Aargau in die Zukunft zu führen. Ich mache nun seit 15 Jahren aktiv Politik, sei es auf kommunaler Ebene als Einwohnerrat oder Gemeindeammann, oder auf kantonaler Ebene als Grossrat. Ich bin seit 2008 Gemeindeammann und führe Wettingen mit seinen 250 Angestellten als Unternehmen, seit 2009 bin ich zudem Mitglied des Grossen Rates, welchen ich 2015 präsiert habe. Ausserdem bin ich Präsident des Regionalplanungsverbandes Baden Regio mit 26 angeschlossenen Gemeinden. Zuvor habe ich juristische Erfahrungen gesammelt als selbständig tätiger Anwalt und meine ersten Spuren abverdient in der kommu-

nalen Politik. All dies hat mich fit gemacht für ein so wichtiges Amt wie das eines Regierungsrats. Als Anwalt oder Berufspolitiker kann man nur erfolgreich tätig sein, wenn man Menschen gern hat, für Menschen und die Bevölkerung da sein will, aber auch über die notwendige Härte und Durchsetzungskraft verfügt, um Anliegen zu vertreten und für die Gesellschaft gute Rahmenbedingungen zu erarbeiten. Mit meinem politischen und beruflichen Rucksack bin ich überzeugt, über das Rüstzeug für das Amt des Regierungsrates zu verfügen.

Welche Ziele haben Sie sich gesetzt?

«Mit dem Menschen mit Anstand und Respekt, in der Sache klar und konsequent»: Es braucht eine klare Linie, kla-



Markus Dieth im Fokus der Medien.

re Ziele und letztlich wieder Vertrauen der Bevölkerung in die Politik. Ich will dem Kanton Aargau meine Kraft mit einer konstruktiven, lösungsorientierten Politik zur Verfügung stellen.

(Fortsetzung Seite 6) ■

Abstimmungsempfehlungen der CVP Aargau für den 5. Juni 2016

Kantonale Vorlagen

Aargauische Volksinitiative «Kinder und Familie»	Nein
Gesetz über familienergänzende Kinderbetreuung	Ja
Wegfall des Steueranteils bei den Grundbuchgebühren	Ja

Eidgenössische Vorlagen

Volksinitiative «Pro Service Public»	Nein
Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen»	Nein
Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» Milchkuh-Initiative	Nein
Änderung des Asylgesetzes	Ja
Fortpflanzungsmedizinengesetz	Ja

Unsere Werte und Normen sind verbindlich

Zwei muslimische Schüler verweigern ihrer Lehrerin die Hand und empören damit öffentlich. Zu Recht fragt man sich, was als nächstes ansteht? Dass sie keine Mädchen in der Klasse wünschen, und wenn, nur verhüllte? Dass man die Lehrpläne ändern muss? In der abendländischen Literatur die Bibelreferenzen schwärzen? «Verletzte Gefühle» hin oder her, aber mit Religion hat das nichts zu tun, vielmehr mit Irrlehren. Wir neigen dazu, uns vor irgendwelchen Ideologien in den Staub zu legen, um gleichzeitig deren Anmassungen zu schlucken. Verursacht durch die Flüchtlingswelle aus dem Nahen Osten halten sich vermehrt Menschen bei uns auf, denen die Freiheits- und Gleichheitsrechte einer westlichen aufgeklärten Gesellschaft fremd sind, was unsere Toleranz strapaziert. Um das gute Zusammenleben der Kulturen in der Schweiz zu gewährleisten, sind keine neuen Gesetze von Nöten. Vielmehr auf der Basis unseres Rechtsstaates, unserer Werte und Normen unmissverständlich formulierte Vereinbarungen als Bedingung für einen Aufenthalt in der Schweiz. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Einhaltung der Gleichheitsrechte von Mann und Frau. Es ist an der Zeit, die Debatte zu führen, um einer Radikalisierung unserer Gesellschaft entgegenzuwirken. Die CVP Aargau tut es mit klaren Forderungen im Grossen Rat.

Marianne Binder-Keller,
Präsidentin CVP Aargau

Kinderbetreuung – endlich eine kantonale Regelung

Will die CVP dem Kinderbetreuungsgesetz zum Durchbruch verhelfen, so braucht es ein Ja zum Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsgesetz; KiBeG) (Gegenvorschlag) und ein Nein zur Aargauischen Volksinitiative «Kinder und Eltern».

Am 5. Juni stimmt das Aargauische Volk über zwei Vorlagen ab, die die Kinderbetreuungssituation regeln wollen – einerseits die Initiative «Kinder und Familie» vom Aargauischen Lehrerverband, andererseits der Gegenvorschlag der Regierung, das Rahmengesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsgesetz; KiBeG). Die CVP-Fraktion ist in der grossrätlichen Debatte immer geschlossen hinter dem Gesetz gestanden.

- Jedem Kind soll ein bedarfsgerechter familienergänzender Betreuungsplatz offen sein.
- Die Erziehungsberechtigten tragen die Kosten, wobei sich die Wohnsitze Gemeinden je nach finanziellen Verhältnissen beteiligen.
- Die familienergänzende Kinderbetreuung bleibt für die Eltern freiwillig.

Die Volksinitiative des ALV greift unnötig in die Gemeindeautonomie ein, ist zu teuer und führt zu einer Überreglementierung. Bei einem doppelten Ja am 5. Juni setzt sich die Volksinitiative durch. Auch dann, wenn die Initiative massiv weniger Stimmen machen würde als das Kinderbetreuungsgesetz.

Andre Rotzetter,
Buchs, Grossrat

JA

zum Kinderbetreuungsgesetz

am 5. Juni 2016



NEIN

zur Volksinitiative „Kinder und Eltern“



Grundbuchabgaben

Kein Steueranteil bei Grundbuchabgaben

Die heutige Grundbuchabgabe beinhaltet neben der Kostendeckung auch einen Steueranteil. Dieser Steueranteil soll nun abgeschafft werden.

Der Grosse Rat hat mit 76 gegen 50 Stimmen in der dritten Beratung der Reduktion zugestimmt. Die CVP-Fraktion hat die Reduktion grossmehrheitlich unterstützt. Denn versteckte Steuern sind grundsätzlich falsch, diese müssen dem Kostendeckungs-

und Äquivalenzprinzip entsprechen. Allgemeine Staatsleistungen sind durch die Allgemeinheit zu finanzieren. Abgaben und Gebühren dienen zur Deckung der damit verbundenen Amtshandlungen. Damit entfallen die «ungerechtfertigten» jährlichen Ein-

nahmen von 33 Millionen für den Kanton. Die vorgeschlagene Lösung, einer gestaffelten Einführung des Kostendeckungsprinzips, ist für die Fraktion vertretbar. Geplant ist eine Halbierung des Steueranteils per 2018 und erst per 2020 die komplette Abschaffung. Der Gesetzesänderung ist daher am 5. Juni zuzustimmen.

Werner Müller, Wittnau, Grossrat

Service public sichern statt zerstören

Die Initiative «Pro Service Public» verlangt, dass bundesnahe Unternehmen wie die Post, SBB und Swisscom sowie sämtliche Unternehmen, die einen Grundversorgungsauftrag des Bundes haben, bei der Grundversorgung nicht nach Gewinn streben und auf die Quersubventionierung innerhalb des Service publics verzichten.

Quersubventionierungen sind das wichtigste Mittel zur Sicherstellung der Grundversorgung, da sie für einen wirtschaftlichen Ausgleich zwischen Kundengruppen und Regionen sorgen. Die Initiative setzt die Grundversorgung in den Randregionen aufs Spiel, denn sie sind auf die Quersubventionierungen angewiesen.

Die Initiative will einen guten und bezahlbaren Service public. Dieses Grundanliegen wird vom Bundesrat und der CVP anerkannt. Sie ist aber widersprüchlich und würde sich bei einer Annahme negativ auf den Service public auswirken.

Susan Diethelm,
Geschäftsführerin CVP Aargau



Bedingungsloses Grundeinkommen

Wer soll das Schlaraffenland bezahlen?

Wer soll das bezahlen... Wer hat so viel Geld!!!

Ein Grundeinkommen ohne Bedingungen könnte für viele verlockend sein. Wer das aber finanzieren soll, scheint den Initianten nicht so wichtig. Immerhin geht es aber um 200 Mia. Franken jährlich.

Die CVP ist eine Partei mit vielen Realisten. Wer realistisch ist, sieht schnell, dass die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens kaum durchführbar ist. Ein Grundeinkommen von 2500 Franken pro erwachsene Person und Monat würde Kosten von mehr

als 200 Mia. Franken jährlich verursachen. Dazu müssten 153 Mia. Franken zusätzliche Steuergelder eingetrieben und 55 Mia. aus heutigen Leistungen der sozialen Sicherheit umgelagert werden. Dies alles würde zu einem abnehmenden Beschäftigungsvolumen und

einer sinkenden Wertschöpfung führen. Auch ist davon auszugehen, dass das System der sozialen Sicherheit gefährdet wäre und der gesellschaftliche Zusammenhalt der Schweiz bröckeln würde. Das wäre einmal mehr ein Experiment, das den Wohlstand der Schweiz aufs Spiel setzt. Deshalb empfehle ich Ihnen ein klares Nein.

Ralf Bucher,
Mühlau, Grossrat



Präimplantationsdiagnostik

Ja zum Fortpflanzungsmedizingesetz

Ja zum Fortpflanzungsmedizingesetz (FMedG) weil es die Präimplantationsdiagnostik (PID) der Pränataldiagnostik gleichstellt und Abtreibungen verhindert.

Vor einem Jahr hat die Schweizer Stimmbevölkerung eine Verfassungsänderung zur Präimplantationsdiagnostik (PID) mit 61,9% angenommen. Das nun zur Abstimmung stehende Gesetz will die Präimplantationsdiagnostik (PID) der Pränataldiagnostik gleichstellen. Es ist gerade aus ethischer Beurteilung nicht einleuchtend, wieso Tests in der 11. Schwangerschaftswoche zugelassen, am 5. Tag nach der Befruchtung der Eizelle aber verboten sind. Damit werden Frauen gezwungen, sich die befruchteten Eizellen einpflanzen zu lassen, um den Embryo später allenfalls abzutreiben.

Aus moralischer Sicht erachte ich dies als höchst problematisch, denn je entwickelter ein Embryo ist, desto schützenswerter ist er.

Die PID kann nur von Paaren, die Träger von schweren Erbkrankheiten sind (rund 100 Fälle pro Jahr) in Anspruch genommen werden und von Paaren, welche auf natürlichem Weg keine Kinder bekommen. Sogenannte «Designerbabys» wird es auch mit dem neuen Gesetz nicht geben.

Ruth Humbel,
Birmenstorf, Nationalrätin



Ja zum Fortpflanzungsmedizingesetz.



Änderung des Asylgesetzes

Wir wollen eine Beschleunigung der Asylverfahren und deshalb Beschleunigungsanwälte. Die Bezeichnung «Gratisanwälte» ist nicht nur irreführend, sondern dumm. Enteignungen sind bereits heute gemäss dem geltenden Enteignungsgesetz möglich.

Lange Asylverfahren sind belastend und vor allem teuer, rasche Verfahren sind daher ein Gebot der Stunde. Die Schweizer Stimmberechtigten haben bereits 2013 mit rund 80% Ja-Stimmen überdeutlich Ja gesagt zu den beschleunigten Asylverfahren und damit verbunden zu Bundeszentren. Die Verfahren in diesen Zentren sollen in maximal 140 Tagen abgeschlossen sein. Dies gelingt nur mit generell verkürzten Fristen und erfordert zur Gewährleistung eines fairen Verfahrens die Beordnung eines Anwaltes. Diese Beschleunigungsanwälte erhalten einen festen Betrag von rund Fr. 1 300.– pro Fall, ein einziger Asylbewerber kostet den Bund pro Jahr mindestens Fr. 20 000.–. Die Rechnung ist schnell gemacht: Bereits

eine Verkürzung der Verfahren um 4 Wochen hat positive finanzielle Auswirkungen und die Verkürzung wird ein Mehrfaches von 4 Wochen betragen! Da in Zukunft die meisten Asylverfahren in Bundeszentren abgeschlossen werden sollen, muss als letztes Mittel auch eine Enteignung möglich sein. Dabei wird es sich einerseits um absolute Ausnahmen handeln und andererseits besitzt der Bund dieses Recht gemäss geltendem Enteignungsgesetz bereits. Fazit: Wer wie die SVP die Asylproblematik bewirtschaften will stimmt gegen die Änderung des Asylgesetzes, wer sie aber lösen will sagt Ja.

Franz Hollinger,
Brugg, Grossrat



Initiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung»

Bundesrat lehnt unausgewogene «Milchkuh»-Initiative ab

Die Initiative will mehr Geld für die Strasse und nimmt dafür Abstriche bei Bildung, Landwirtschaft und Armee in Kauf. Das ist der falsche Weg. Der vom Bundesrat beschlossene Strassenfonds ist die klar bessere Lösung: Damit werden Engpässe beseitigt, ohne andere Aufgaben zu gefährden.

Staus ärgern alle. Es ist für den Bundesrat darum klar, dass es zusätzliche Investitionen braucht, um die Verkehrsprobleme zu lösen. Dazu hat er den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) beschlossen. Dieser sichert Unterhalt, Betrieb und Ausbau der Nationalstrassen sowie die Verwirklichung wichtiger Agglomerationsprojekte. Zur Finanzierung tragen einerseits die Automobilisten bei, andererseits werden mehr Mittel aus der Bundeskasse in den Fonds geleitet. Das garantiert eine ausgewogene Finanzierung. Die Initiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» (Milchkuh-Initiative) bringt die Finanzierung dagegen aus dem



Bundesrätin Doris Leuthard
(Foto von Marc Wetli/ZVG).

Gleichgewicht. Sie will, dass der ganze Ertrag aus der Mineralölsteuer in die Strasse fliesst statt wie heute die Hälfte. Da dem Bund so jährlich 1,5 Mia. Franken fehlen würden, wären eine Erhöhung der Steuern oder ein weiteres Sparprogramm unvermeidbar. Davon wären vor allem die Bildung, Landwirtschaft, Armee und andere wichtige Aufgaben des Bundes betroffen. Die Initiative löst somit kein Finanzierungsproblem, sondern verschiebt es auf andere Bereiche. Der Bundesrat lehnt sie daher ab. Mit dem NAF gibt es eine bessere und fairere Lösung: Der Strassenfonds wird wie der Bahnfonds in der Verfassung verankert – und sorgt so für eine langfristig gut abgesicherte Finanzierung der Nationalstrassen und Agglomerationsprojekte.

Doris Leuthard,
Bundesrätin (UVEK)

«Wir malen nicht nur schwarz und weiss»

Wofür wollen Sie sich einsetzen?

Der Kanton Aargau muss lebenswert bleiben. Er muss erreichbar sein, er muss Luft zum Atmen bieten, er muss finanziell auf gesunden Beinen stehen. Er muss aber auch noch ein attraktives, zukunftsorientiertes Angebot bieten können und er muss sicher sein. Der Kanton Aargau mit seinen Menschen im Mittelpunkt, dafür möchte ich mich einsetzen.

Wie werden Sie mit Ihrer Kandidatur die CVP auch im Grossratswahlkampf unterstützen können?

Die Regierungsratskandidatur wird sicher die Marke CVP nach Aussen tragen, denn bei mir gilt, wo CVP drauf steht, ist auch CVP drin.

Weshalb ist die CVP die Partei, die man wählen sollte?

Die CVP ist die Partei, bei welcher die Werte und Wertefragen im Zentrum stehen. Der Mensch und die menschlichen Werte setzen wir bei allen politischen und gesellschaftlichen Fragen ins Zentrum. Wir malen nicht schwarz-weiss. CVP betreibt klare Sachpolitik ohne Polemik, aber mit Inhalt und Lösungen. Gerade in der heutigen Zeit, in der das Leid und Elend zum Greifen nah sind, gewinnen Fragen um die menschlichen Werte wieder an Bedeutung und damit auch die CVP. Wir setzen auf die schweizerischen Werte, die immer schon kompromissfähige Lösungen zugelassen haben. Wir wollen die Schweiz nicht ins Abseits stellen, wir wollen sie auf einem sicheren Kurs in der Mitte halten: CVP bedeutet Stabilität für die Schweiz und ihre Bewohner.

Wie kann die CVP die Wahlen im Herbst gewinnen?

Die CVP muss sich selber sein und auf die Qualitäten ihrer Politik deutlich hinweisen. Wer CVP wählt, der wählt Stabilität, der wählt Kandidatinnen und Kandidaten, die sich für die menschlichen



Markus Dieth auf einer Töff-Tour durch den Aargau.

Wertefragen einsetzen. Die CVP hat Lösungen und ist in der Lage die Probleme zu erkennen. Sie muss aber auch darüber sprechen und die Lösungen «verkaufen». «Fürsichbehalten» bringt keine Stimmen. Die Leute wollen keinen Links-Rechts-Graben, aber sie wollen klare Aussagen – auch von einer CVP: KLAR, KOMPROMISSBEREIT, ABER KONSEQUENT.

Letztes Jahr waren Sie Grossratspräsident, dieses Jahr kandidieren Sie für den Regierungsrat. Haben Sie noch Zeit für Ihre Frau und Ihre Töchter?

Ja, auf jeden Fall. Letztes Jahr als Grossratspräsident wurde die Freizeit bereits arg strapaziert. Wir haben uns also schon etwas daran gewöhnt... Vielleicht ist es etwas weniger Zeit als andere haben, aber dafür dann, wenn ich sie

habe, pflegen wir sie umso intensiver. Ich geniesse diese Zeit mit meiner Familie. Meine Teenager-Töchter wollen aber auch immer mehr Zeit für sich, das gilt es genauso zu akzeptieren. Wir haben in unsere Familie zum Glück eine klare Philosophie: Wir sind immer offen miteinander und sagen immer was wir denken – so weiss man immer, woran man ist, eben auch hier: mit Anstand und Respekt.

Was machen Sie, um abzuschalten und sich zu entspannen?

An einem schönen Abend sitze ich gerne mit meiner Frau im Garten und geniesse ein Glas Wein. Gern bin ich auch mal auf dem Töff und cruise durch den Aargau. Beim Sport in der Natur hole ich den Ausgleich für den gesunden Geist und die Durchhaltefähigkeit für die vielen Sitzungen und Essen... ■

Die CVP bewegt sich...

Die diesjährige, traditionelle Freiämterwanderung führt uns am 22. Mai 2016 von Widen über Rudolfstetten nach Berikon. Besammlung ist ab 10.15 beim Sportzentrum Burkertsmatt in Widen. Auf der geführten Wanderung wird es

wieder spannende Informationen zu verschiedenen Etappen geben, u.a. über das Zehntenhaus von 1796 in Rudolfstetten oder dem Wirtshaus zur Pinte in Berikon. Beim Berikerhus erwarten uns dann die Ortsparteien Widen, Ru-

dolfstetten und Berikon mit Speis und Trank und laden ein zum gemütlichen Teil. Weitere Informationen finden Sie unter: www.cvp-aargau.ch, Veranstaltungen. ■

Agenda

22. Mai 2016, ab 10.15 Uhr, Widen
CVP-Wanderung auf dem Freiämterweg

25.-30. Mai 2016
CVP-Reise nach Kärnten



5. Juni 2016
Volksabstimmung

21. Juni 2016, 16.00 h
AWG: Betriebsbesichtigung Similasan, Jonen

20. August 2016, 10.00 Uhr
CVP Schweiz: Sommerparteitag
in Appenzell Innerrhoden

22. August 2016, 18.00 Uhr
Wirtschaftsgipfel der AWG und der CVP Aargau
in Schafisheim

31. August 2016
Wahlauftakt Grossratswahlen
im Casino in Wohlen

AZB
5000 Aarau

**Haben Sie eine neue Adresse?
Oder wollen Sie uns einen Beitrag
schicken?**

**Schreiben Sie uns auf
info@cvp-aargau.ch**

Herausgeber

CVP Aargau,
Mitgliederzeitschrift der CVP Aargau

Erscheinungsweise

4–5× jährlich

Jahresabonnement

Fr. 40.–

Auflage

8500 Exemplare

Administration

Sekretariat CVP Aargau,
Laurenzenvorstadt 79, 5000 Aarau
Tel. 056 222 97 97

E-Mail

info@cvp-aargau.ch

Gestaltung, Satz und Druck

Bürli AG, Döttingen